

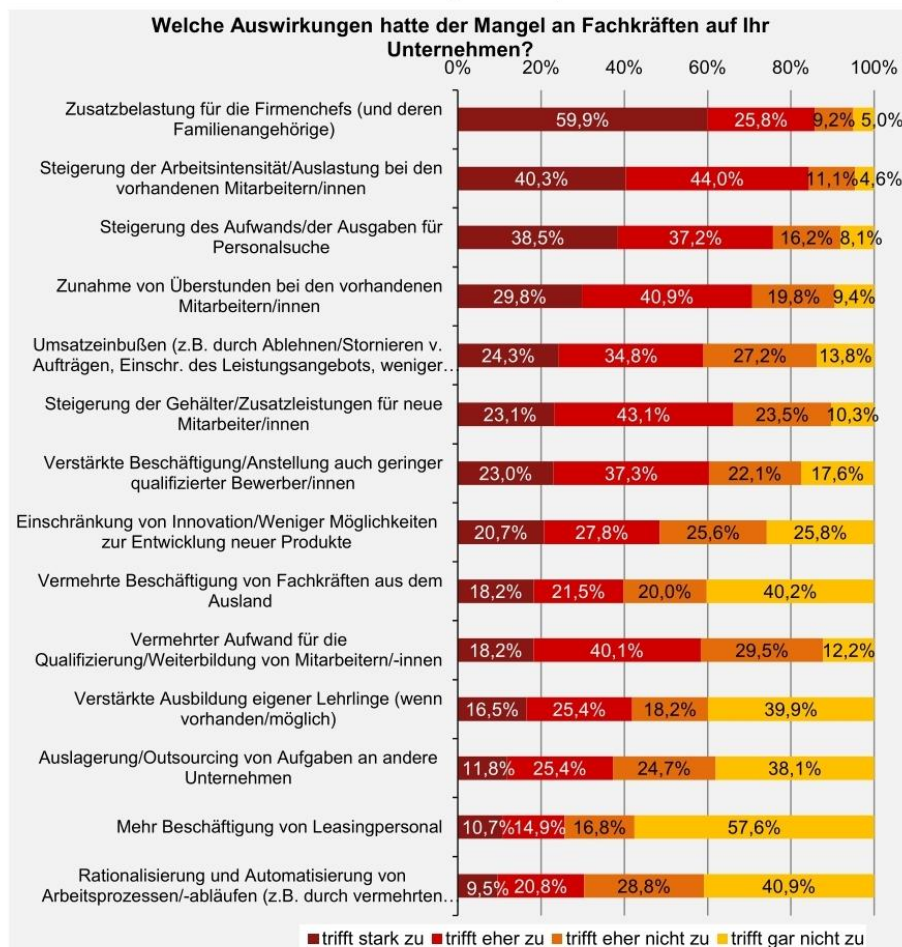
DER FACHKRÄFTEMANGEL – EIN MULTIORGANVERSAGEN VERURSACHT DURCH FEHLENDE POLITISCHE (NICHT-)ENTSCHEIDUNGEN

Österreichs Betriebe klagen über massive Schwierigkeiten Fachkräfte zu finden.

Laut Erhebungen unter den österreichischen Unternehmen stellt der Fachkräftemangel eine immer größer werdende Schwierigkeit dar. Die Kompensation des fehlende Fachkräfteangebots erfolgt derzeit vor allem durch höhere Arbeitsintensität der der Unternehmer*innen, ihrer Familienangehörigen und der aktuellen Mitarbeiter*innen und durch mehr Überstunden. Die Betriebe klagen aber bereits über Umsatzeinbußen bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen für die Personalsuche, Gehälter und Weiterbildung bzw. Qualifizierungsmaßnahmen. (Anm: Lehrlingsausbildung im Überblick 2018, S. 136, ibw)

Grafik 22-19 Auswirkungen des Fachkräftemangels in den Unternehmen

(unter jenen n = 3.873 (87%) Unternehmen, die angegeben haben, einen Mangel an Fachkräften im letzten Jahr zumindest schwach verspürt zu haben)



Quelle: ibw-Unternehmensbefragung zu Fachkräftebedarf/-mangel (n = 4.462 Unternehmen; Durchführung: April 2018)

WIE IST DIESES PROBLEM ENTSTANDEN? UND WAS IST ZU TUN?

1.) Demografische Entwicklungen und konservative Familienpolitik

Trotz annähernd gleich bleibender bzw. zuletzt sogar leicht steigender relativer Anzahl von Anfänger*innen einer Lehrausbildung geht auf Grund des Rückgangs an Jugendlichen je Geburtenjahrgang die Anzahl an Lehrlingen zurück. Gleichzeitig gehen die Geburtenstarken Jahrgänge (Baby-Boomer) in Pension. Laut Berechnungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) wird der Höhepunkt dieser demografischen Lücke im Jahr 2024 erreicht werden. (Anm.: Lehrlingsausbildung im Überblick 2018, S. 123, ibw)

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in Österreich immer noch nicht ausreichend gegeben. Für junge Familien ist damit die Beteiligung an der Erwerbsarbeit für beide Elternteile insbesondere im ländlichen Raum nur bedingt möglich. Die konservative Familienpolitik der ehemaligen Bundesregierung verstärkt die Problematik und führt zu einer im OECD-Vergleich schlechten Erwerbsbeteiligung von Frauen in Österreich. (Anm: Women-in Work-Index 2019, pwc)

2.) In Zeiten schlechter Konjunktur wurde zu wenig in die Unterstützung der Betriebe zur Ausbildung von Fachkräften investiert

Während der wirtschaftlich unsicheren Phase nach der Finanzkrise 2008 wurde das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen reduziert. Diese Lücke ist nun spürbar. Deshalb braucht es gerade in Zeiten schlechter Konjunktur verstärkt öffentliche Investitionen in die Berufsausbildung. (Anm.: Lehrlingsausbildung im Überblick 2018, S. 12, ibw)

3.) RWR-Karte entspricht nicht den Anforderungen

Die Anforderungen an Fachkräfte, die über die Rot-Weiss-Rot-Karte zuziehen sollen, entsprechen nicht den Erfordernissen. Die im Frühjahr 2019 vorgelegte Novelle der RWR-Karte regelt zwar die Einkommensgrenzen neu, schließt aber Menschen ohne Hochschulabschluss immer noch weitestgehend von der Zuwanderung aus. Da der Fachkräftemangel aber gerade bei den Absolventen einer Lehrausbildung am größten ist, wird ein Zuzug von Arbeitskräften mit adäquater Ausbildung durch die Novelle nicht erleichtert werden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Fachkräftepotentials wird jedoch ein positiver Zuwanderungssaldo notwendig sein. (Anm.: Lehrlingsausbildung im Überblick S. 123, ibw)

4.) Abschiebung in Ausbildung stehender jugendlicher Asylwerber*innen

Jugendliche Asylwerber*innen konnten in Österreich bis 2018 in Mangelberufen eine Lehrausbildung machen. Die türkis-blaue Bundesregierung hat diese Möglichkeit jedoch abgeschafft und die Abschiebung der Jugendlichen veranlasst. Damit verlieren hunderte Betriebe die dringend benötigten Fachkräfte der Zukunft. (Anm.: Ausbildung statt Abschiebung (Rudi Anschober), <http://ausbildung-statt-abschiebung.at/>)

5.) Seit Jahrzehnten wurden dringend notwendige Reformen im Bildungssystem blockiert

Während andere Länder ihr Bildungssystem an die Anforderungen moderner Technologien und veränderter Arbeitswelten angepasst haben, hat die ÖVP seit Jahren jede Reform verhindert. Die schlechten Bedingungen im Bildungssystem schlagen sich bei den Ergebnissen der Pisa-Studien nieder, wo Österreich trotz hoher Bildungsausgaben im OECD-Vergleich nur durchschnittlich abschneidet.

6.) Die Weiterentwicklung und Modernisierung der Berufsausbildung/Lehre wurde verabsäumt.

Die stark anwachsende Anzahl an Kleinunternehmen erfordert Modelle, die eine betriebsübergreifende Ausbildung mit hoher Flexibilität ermöglichen. Dabei braucht es Unterstützung bei der Koordination. Die Finanzierung der Ausbildungsentschädigung muss auf neue Beine gestellt werden. Die Berufsausbildung muss zur öffentlichen Aufgabe werden, wobei die Dienstgeberbetriebe über einen Fonds mitfinanzieren.

7.) Nationalistische und konservative Parteien haben ein Klima in Österreich erzeugt, das hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland abschreckt.

Österreich hat seit Jahren durch das Erstarken der FPÖ den Ruf eines „ausländerfeindlichen“ Landes. Warum also sollte eine hochqualifizierte Fachkraft gerade zu uns kommen, wenn man in anderen Ländern freundlicher aufgenommen wird?

VORSCHLÄGE DER GRÜNEN WIRTSCHAFT ZUR BESEITIGUNG DES FACHKRÄFTEMANGELS

1.) Kurzfristige Maßnahmen

- a.) **Massive Investitionen in Förderprogramme** zur Schulung bzw. zur Aktivierung von Arbeitssuchenden (Österreicher und Zugewanderte!)
Die Aktion 20.000 ist hierbei keine Unterstützung, weil diese vor allem Langzeitarbeitslose dabei unterstützt über Hilfstätigkeiten in Beschäftigung zu kommen. Um den Fachkräftemangel zu beheben braucht es aber Um- und Nachschulungsmaßnahmen.
- b.) **Qualifizierte Zuwanderung ermöglichen durch Verbesserungen der Kriterien der RWR-Karte**
Wesentlich dabei: Die geplante Absenkung der Einkommensgrenzen wird das Problem nicht lösen, denn die derzeitigen und in der aufgelegten Novelle zukünftig vorgesehenen Anforderungen an nachgewiesene Bildungsabschlüsse und Qualifizierungsnachweise machen Zuwanderung ohne Hochschulabschlüsse beinahe unmöglich.
Anm.: Stellungnahme GW zur RWR-Novelle (nicht beschlossen):
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME_03996/imfname_743318.pdf
- c.) **Arbeitsmarktzugang für Asylwerber*Innen ermöglichen.**
Österreich ist seit Juli 2015 in Verzug bei der Umsetzung der sogen. Aufnahmerichtlinie der Europäischen Union. Diese schreibt in Artikel 15 vor, dass Asylwerber*innen spätestens 9 Monate nach Antragstellung der Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt werden muss.

Deutschland hat dies bereits erledigt und einen vollen Zugang zum Arbeitsmarkt nach 3 Monaten ermöglicht!

Infos zur Richtlinie: [https://eur-](https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:DE:PDF](https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:DE:PDF)

2.) Mittel- und langfristige Maßnahmen

- a.) **Anpassung der dualen Berufsausbildung an die veränderten Betriebsstrukturen** durch Möglichkeiten der kooperativen Ausbildung, flexible Gestaltung der Berufsausbildung, Finanzierung der Berufsausbildung durch die öffentliche Hand unter Beteiligung durch Beschäftigungsbetriebe.

Anm.: Modernisierung der Lehre (GW 2017) und Fachkräftemangel bekämpfen durch Modernisierung der Berufsausbildung (GW 2018):

<https://www.gruenewirtschaft.at/2018/09/11/fachkraeftemangel-unser-4-stufen-plan/>

- b.) **Reform des Bildungssystems**

Anm: Grüner Leitantrag Bildung (2015) <https://www.gruene.at/partei/programm/gruene-teilprogramme>

Neustart Schule (IV): <https://neustart-schule.at/wp-content/uploads/2018/07/NEUSTART-SCHULE-Forderungen.pdf>

Weiterführende Links:

<https://www.ibw.at/forschung/duale-berufsbildung-lehrlingsausbildung/>

<https://www.pwc.co.uk/services/economics-policy/insights/women-in-work-index.html>

<https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen>